



Razzien gegen politische Anführer*innen und Aktivist*innen

India Justice Project, 26.09.2022

Das India Justice Project verurteilt die landesweiten Übergriffe und Razzien gegen systemkritische Organisationen, die die Rechte von Muslim*innen vertreten, mit dem Vorwurf des Terrorismus und krimineller Aktivitäten. Politische Grundrechte und die Demokratie werden auf diese Weise systematisch ausgehebelt.

Wir verurteilen die landesweiten Razzien der *National Investigative Agency* (NIA)¹, des *Enforcement Directorate* (ED)² und der Polizeikräfte mehrerer Bundesstaaten in den Büros der *Popular Front of India* (PFI) und der *Social Democratic Party of India* (SDPI) sowie die Festnahme von mehr als 45 ihrer führenden Vertreter*innen und Aktivist*innen. Als Organisationen und Einzelpersonen, die ernsthaft in Sorge sind über die anhaltende Zerstörung des demokratischen Raums in Indien und insbesondere über die Verfolgung seiner Minderheiten, betrachten wir diese Razzien und Verhaftungen als einen wichtigen Teil der Agenda der regierenden RSS-BJP³ zur vollständigen Zerschlagung aller organisierten Bemühungen der muslimischen Community, um sie endgültig zu Bürger*innen zweiter Klasse und noch Schlechterem zu machen.

Die Razzien in 93 Büros der PFI- und SDPI und in den Wohnungen ihrer Leiter*innen wurden am 22. September in 15 Bundesstaaten in ganz Indien in einer besonders systematischen und koordinierten Weise durchgeführt, die an Gestapo-Methoden während der Naziherrschaft erinnert. Berichten zufolge wurden die Razzien persönlich von Innenminister Amit Shah überwacht, der sich am 24. September mit den Leitern der verschiedenen Sicherheitsbehörden und dem Nationalen Sicherheitsberater Ajit Doval traf, um die Ergebnisse der Operation zu besprechen. Bisher wurden die festgenommenen Aktivist*innen der PFI nicht vor Gericht gestellt, obwohl es in Indien gesetzlich vorgeschrieben ist, dies innerhalb von 24 Stunden nach einer Festnahme zu tun. Die einzig verbreitete Begründung für die Razzien und Verhaftungen ist die Version der NIA, die besagt, dass die Razzien aufgrund „der Finanzierung von Terrorismus und terroristischen Aktivitäten, der Organisation von Trainingslagern für die Ausbildung an Waffen und der Radikalisierung von Menschen, damit diese verbotenen Organisationen

¹ Die *National Investigative Agency* (NIA) ist die Sondereinheit zur Durchsetzung von Anti-Terrorismus Gesetzen, die in ganz Indien Untersuchungen ohne Zustimmung der Bundesstaaten durchführen kann.

² Das *Enforcement Directorate* (ED), angesiedelt beim Finanzministerium, ist eine Behörde, die Gesetze zu Wirtschaft- und Finanzen umsetzen und Wirtschaftskriminalität bekämpfen soll.

³ *Rashtriya Swayamsevak Sangh*, (RSS), zivilgesellschaftliche Kaderorganisation der *Bharatiya Jana Party* (BJP), der Indischen Volkspartei. Siehe auch Anmerkung 4.

beitreten“ erfolgten. Die Schoßhündchen-Medien der Regierung wiederholen pflichtbewusst dieses Narrativ und reproduzieren es. Maßnahmen zum Verbot der PFI wurden bereits von den BJP-Regierungen⁴ in den Bundesstaaten Karnataka und Assam eingeleitet.

Es ist sehr besorgniserregend, dass die politischen Oppositionsparteien und selbst zivilgesellschaftliche Organisationen in Indien nur sehr zurückhaltend auf die landesweiten Razzien und Verhaftungen reagiert haben, die auf eine Organisation der muslimischen Minderheit zielen. Die Rede vom Schreckgespenst des „Terrorismus“ und „antinationalen Aktivitäten“ hat ausgereicht, um den Widerstand gegen diese Aktion zum Schweigen zu bringen. Dies ist die übliche Strategie der RSS-BJP, ihre Opposition und Kritiker*innen ins Visier zu nehmen, wie es schon in der Vergangenheit in zahlreichen Fällen zu sehen war. So im Fall Bhima Koregaon⁵, wo seit 2018 sechzehn Aktivist*innen und Akademiker*innen bei landesweiten Razzien festgenommen und inhaftiert wurden. Es ist anzumerken, dass die PFI und ihre assoziierten Organisationen SDPI und *Campus Front of India* (CFI) keine verbotenen Organisationen sind und jede*r in Indien das Recht hat, Vereinigungen und Gewerkschaften gemäß Artikel 19(1)(c) der indischen Verfassung zu gründen, in der das Grundrecht auf „Vereinigungsfreiheit“ festgeschrieben ist. Es wurden keine konkreten Beweise für kriminelle und terroristische Aktivitäten der PFI oder ihrer Mitglieder vorgelegt. Selbst Anzeigen gegen die PFI, wie etwa im Bundesstaat Karnataka, enthalten keine Hinweise oder Berichte zu konkreten kriminellen Aktivitäten der Organisation, sondern sind voller Vermutungen und Unterstellungen. Unter diesen Umständen ist es klar, dass die Razzien und Verhaftungen bei der PFI eine gezielte Strategie der RSS-BJP-Regierung sind, um die Organisation zu zerstören und ihre Organisationsfähigkeit zu zerschlagen. Der Grund dafür ist, dass die PFI eine der sehr wenigen Organisationen in Indien ist, die aktiv vor Ort Muslim*innen für ihre Rechte organisiert und ein lautstarker und aktiver Gegner der RSS-BJP ist.

Die PFI wurde 2006 mit dem erklärten Ziel gegründet, für Muslim*innen politische und soziale Fortschritte zu erreichen. Ihr politischer Flügel, die SDPI, wurde 2009 gegründet und nimmt an Wahlen teil. PFI- oder SDPI-Mitglieder wurden bisher von keinem Gericht wegen krimineller oder terroristischer Aktivitäten verurteilt. Die PFI arbeitet unabhängig von den etablierten religiösen Organisationen der Muslim*innen und wendet sich hauptsächlich an die muslimische Jugend. Ihre Aktivist*innen waren in vielen Bewegungen aktiv, wie der landesweiten Anti-CAA-NRC-Bewegung⁶ in den Jahren 2019-2020 gegen das von der BJP-Regierung verabschiedete Gesetz zur effektiven Anfechtung der staatsbürgerlichen Rechte von Muslim*innen in Indien. Die Zentralregierung und verschiedene bundesstaatliche BJP-Regierungen haben jedoch ständig versucht, die PFI krimineller Aktivitäten zu beschuldigen und ihr vorgeworfen, an den Anti-CAA-Protesten, an den Unruhen in Delhi und den Protesten in Uttar Pradesh beteiligt gewesen zu sein. Auch der Journalist Siddique Kappan, der fast zwei Jahre inhaftiert war, weil er versucht hatte, über den Vergewaltigungsfall Hathras⁷ zu berichten, und sein Recherchebegleiter Atiq-ur-Rahaman wurden der Verbindung mit der PFI beschuldigt. Die Razzien bei der PFI sind

⁴ Die hindu-nationalistische Bharatiya Jana Party (BJP) ist in Indien seit 2014 unter Ministerpräsident Modi an der Regierung. Sie basiert auf dem 1925 gegründeten Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS, der sich als zivilgesellschaftliche Kaderorganisation der politischen Partei versteht. Ziel ist Hindutva, ein kulturell, politisch und sozial hinduistisch definierter Staat, der die Vorherrschaft der hinduistischen Bevölkerung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen im Land sichert.

⁵ 2018 wurden in Bhima Koregaon im indischen Bundesstaat Maharashtra neun bekannte Aktivist*innen festgenommen, als sie am 200ten Jahrestag – wie jedes Jahr - der „Schlacht“ von Koregaon gedachten, in der ein Battalion der Dalits 1818 hochkastige Militärs des Maratha Regimes besiegten. Am Folgetag griffen hindunationalistische Gruppen Dalits gewalttätig an, die auf dem Weg nach Bhima Koregaon waren. Medienberichte, Augenzeug*innen und unabhängige Untersuchungsmissionen kamen zum Ergebnis, dass die Gewalt geplant und von Schlägergruppen ausgeführt wurde. Die Polizeiuntersuchung stellte die Vorfälle als eine Konspiration der verbotenen maoistischen Partei dar und verhaftete in der Folgezeit weitere Aktivist*innen, die seit vielen Jahren für die Verteidigung der Rechte armer und marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen Indiens gearbeitet und als Schriftsteller*innen, Journalist*innen und Anwalt*innen die Regierungspolitik lautstark kritisiert hatten. Die Behörden behaupteten, die Aktivist*innen hätten die Dalits zu den Ausschreitungen aufgerufen und klagten sie nach dem Gesetz zur Verhinderung von Verbrechen (UAPA) an. Weitere Informationen zu den politischen Gefangenen im Fall Bhima-Koregaon: <https://free-them-all.net/category/background/bhima-koregaon/>

⁶ Die Proteste gegen den *Citizenship Amendment Act* (CAA) und das *National Register of Citizens* (NRC).

⁷ Im September 2020 wurde eine 19-jährige Dalit-Frau im Distrikt Hathras, Uttar Pradesh von vier Männern aus der oberen Kaste vergewaltigt. Sie starb zwei Wochen später in einem Krankenhaus in Delhi.

daher Teil der neuen Normalität, die von der RSS-BJP-Regierung in Indien geschaffen wurde, einer Normalität, in der jeder Widerstand gegen ihre Agenda und Ideologie systematisch plattgemacht wird. Die gezielte Zerstörung der PFI soll die ohnehin begrenzten Möglichkeiten der indischen Muslim*innen zerschlagen, sich zu organisieren.

Die Zerstörung des PFI sollte uns die große Gefahr vor Augen führen, der Indien ausgesetzt ist. Auch wenn es wie ein Klischee klingt, möchten wir wiederholen, was Pfarrer Martin Niemöller über die Nazis sagte:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Postskriptum

Am 27. September gab es eine zweite Runde landesweiter Razzien, bei der weitere 270 Personen festgenommen wurden. Zudem wurden mehrere tausend Menschen, die gegen die ersten Razzien protestiert hatten, verhaftet, allein 1.809 Personen im Bundesstaat Kerala. Keiner der fast 400 Personen, die bei den Razzien gegen die PFI verhaftet wurden, wurde freigelassen - stattdessen wurden sie nach dem drakonischen Gesetz *Unlawful Activities (Prevention) Act* (UAPA) angeklagt, nach dem es fast unmöglich ist, gegen Kautions frei zu kommen. Am 27. September teilte die indische Regierung mit, dass die PFI nun unter dem UAPA-Gesetz verboten sei. Zusammen mit ihr wurden acht weitere Organisationen verboten, die angeblich mit der PFI in Verbindung stehen, darunter die angesehene Menschenrechtsorganisation *National Confederation of Human Rights Organizations* (NCHRO) und die *Campus Front of India* (CFI). Später erließ die Regierung auch eine Verfügung, die jegliche Äußerung in den sozialen Medien, die das Verbot der PFI verurteilt oder erörtert, verbietet.

Übersetzung: Uwe Hoering

Die Autor*innen

Das India Justice Project bezeichnet sich als Netzwerk besorgter deutscher Bürger*innen, die sich mit der Menschenrechtssituation in Indien beschäftigen und ein Solidaritätsnetzwerk für Indien in Deutschland aufbauen wollen.

Quelle:

<https://www.indiajusticeproject.de/en/2022/09/26/ijp-condems-nia-crackdown-on-political-leaders-and-activists/>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer
c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)
Sternstr. 2
20357 Hamburg
speak.up@globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen

Redaktionsnetzwerk Südasiens in Kooperation mit

dem Themendienst Globe spotting

GLOBE SPOTTING

Themendienst
Reportagen & Analysen

